

23. April 2013

Bankenverband: Politik muss bei Energiewende Finanzierungsprobleme mehr in den Blick nehmen

Schlagworte

Energiewende

„Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Regierung stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die gewaltigen Investitionen und deren Finanzierung schafft“, sagt Andreas Krautscheid, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bankenverbandes in Berlin. Im neu veröffentlichten Positionspapier des Verbandes zur Finanzierung der Energiewende beleuchtet dieser zwei Aspekte der energiepolitischen Debatte aus Finanzierungssicht: die Diskussion über das künftige Strommarktdesign sowie die Frage, wie ausreichend Kapital für den notwendigen Ausbau der Energieinfrastrukturen bereitgestellt werden kann.

„Die Kreditwirtschaft muss besser als bisher in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zur Finanzierung der Energiewende zu leisten. Dazu brauchen wir unter anderem einen Bestandsschutz der bestehenden Vergütungssätze.“ Rückwirkende Änderungen dürfe es nicht geben, sonst würde den Projekten die Kalkulationsgrundlage entzogen. „Auch muss die Reform der energiepolitischen Rahmenbedingungen langfristig angelegt sein und evolutionär erfolgen. Dabei sollte die Politik Finanzierungsaspekte verstärkt beachten“, betont Krautscheid.

Stabile Rahmenbedingungen seien angesichts des hohen Investitions- und Finanzierungsbedarfs für Energieinfrastrukturen von zentraler Bedeutung. Um auch zukünftig insbesondere großvolumige und langfristige Projekte stemmen zu können, würden Banken in Folge einer verschärften Bankenregulierung und der Finanzkrise zusätzliche Partner für die Finanzierung finden müssen. „Basel III ist sinnvoll, macht aber die Finanzierung der Energiewende nicht leichter“, so Krautscheid.

Presseinformation

„In einem stabilen energiepolitischen Umfeld können die Banken ihrer Aufgabe nachkommen, tragfähige Finanzierungsstrukturen zu schaffen, und dabei institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds als Kooperationspartner einbinden“, erläutert er, warnt allerdings gleichzeitig vor zu hohen Erwartungen: Künftige Kooperationspartner ins Boot zu holen, sei eine alles andere als triviale Aufgabe: unterschiedliche Zielsetzungen, Renditeerwartungen aber auch der Risikobereitschaft und das regulatorische Umfeld der jeweiligen Investoren gelte es zu berücksichtigen. Gerade in der Bauphase von Infrastrukturprojekten werde weiterhin die fremdkapitalseitige Finanzierung durch Kreditinstitute vorherrschen, da viele Investoren die hiermit verbundenen Risiken oft nicht eingehen wollten und erst ab der Betriebsphase einstiegen. Die geplante europäische Projektanleihe, die neue Investorengruppen für die Finanzierung des Gesamtprojektes inklusive der Bauphase gewinnen wolle, sei ein interessanter Ansatz. Allerdings sei es für eine Bewertung angesichts der noch andauernden Pilotphase zu früh.

Pressekontakt:

Dr. Kerstin Altendorf

Pressesprecherin

Bundesverband deutscher Banken

Telefon: +49 30 1663-1250

Telefax: +49 30 1663-1272

kerstin.altendorf@bdb.de

www.bankenverband.de/presse